

## Offener Brief an die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz

**Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,**

die jüngsten Stellungnahmen führender Persönlichkeiten Ihrer Partei, insbesondere von Bundesaußenminister Sigmar Gabriel, zur Lage in Afghanistan und zum Umgang mit ausreisepflichtigen Afghaninnen und Afghanen machen uns große Sorgen:

- Seine Behauptung, dass es innerhalb Afghanistans sichere Regionen gibt und Abschiebungen dorthin deshalb möglich sind, steht in offenem Widerspruch zu allen vorliegenden Erkenntnisquellen internationaler und vor Ort tätiger Organisationen.
- Seine Kritik an dem weitgehenden Abschiebeschutz für ausreisepflichtige afghanische Staatsangehörige, wie er z.B. in RLP praktiziert wird, ist eine unsachliche Reaktion auf Agitationen von Union und AfD in den Landtagswahlkämpfen in NRW und Schleswig-Holstein. Die Unterstellung des Außenministers, ein solcher Abschiebeschutz führe dazu, „dass nur noch bei uns Asyl beantragt wird“, bedient zudem ein bis weit nach Rechtsaußen anschlussfähiges Bedrohungsszenario.

Besonders problematisch ist es aus unserer Sicht, dass Außenminister Gabriel die angeblich „freiwillige Ausreisen“ etwa 3.000 afghanischer Staatsangehöriger im vergangenen Jahr dazu benutzt, um sein Plädoyer für eine restriktive Abschiebepolitik zu untermauern. Die Möglichkeit zur „freiwilligen Ausreise“ - die aus guten Gründen auch von der rheinland-pfälzischen Landesregierung favorisiert wird - versteht sich explizit als eine selbstbestimmte Alternative zu staatlichen Zwangsmaßnahmen. Sie darf keinesfalls dazu missbraucht werden, Abschiebungen in einen Kriegs- und Krisenstaat wie Afghanistan zu legitimieren.

**Wir appellieren deshalb an Sie, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,**

- **Ihren Einfluss innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geltend zu machen und sich für die Rückkehr zu einer sachlichen Debatte über die Situation in Afghanistan und den Umgang mit ausreisepflichtigen afghanischen Staatsangehörigen einzusetzen;**
- **an dem sachlich und humanitär gerechtfertigten Abschiebeschutz für ausreisepflichtige afghanische Staatsangehörige in Rheinland-Pfalz auch im unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahlkampf festzuhalten;**
- **darauf hinzuwirken, dass die landesweit praktizierte „Rückkehrberatung“ durch die Ausländerbehörden schon im laufenden Asylverfahren beendet und dem Prinzip der „freiwilligen Ausreise“ in Rheinland-Pfalz umfassend Geltung verschafft wird. Hierzu bedarf es einer ergebnisoffenen Beratung durch nichtstaatliche Strukturen erst nach dem rechtskräftigen Abschluss eines Asylverfahrens.**

Mainz, den 18. Mai 2017

Uli Sextro  
- AK Asyl RLP-

Roland Graßhoff  
- Initiativsausschuss für Migrationspolitik in RLP -

**Anlage**

## Offener Brief an die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz- Anlage

### **Zur aktuellen Sicherheitslage in Afghanistan: Zahlen und Einschätzungen der Vereinten Nationen**

Nach Erkenntnissen der *United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA)* sind in Afghanistan **in den ersten drei Monaten dieses Jahres mindestens 2.181 Zivilisten durch Kampfhandlungen oder Gewaltakte verletzt (1.466 Personen) oder sogar getötet (715 Personen)** worden. Mehrheitlich wurden sie Opfer absichtlicher und gezielter Angriffe von regierungsfeindlichen Gruppen. Vor allem die Zahl **getöteter Frauen (plus 24 Prozent) und getöteter Kinder (plus 17 Prozent)** hat gegenüber dem 1. Quartal 2016 noch einmal dramatisch zugenommen.

Das *Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)* hat schon Ende 2016 darauf hingewiesen, dass ihm die „*sich ständig ändernde Sicherheitslage*“ in Afghanistan **nicht erlaube, eine Unterscheidung zwischen „sicheren“ und „unsicheren“ Gebieten vorzunehmen**. Seitdem hat sich die Situation vor Ort weiter verschlechtert:

- Die **Zahl der intern Vertriebenen** hat Ende April 2017 ein **neues Allzeithoch** erreicht: Schon von 2012 bis Ende 2016 verzeichneten die Vereinten Nationen etwa 1,5 Millionen Afghaninnen und Afghanen (darunter mehrheitlich Kinder) aus nahezu allen Landesteilen, die ihre Heimat wegen Krieg und Gewalt verlassen und innerhalb des Landes Schutz suchen mussten. **Seit Jahresanfang sind weitere fast 75.000 Menschen in 27 der insgesamt 34 afghanischen Provinzen der internen Vertreibung zum Opfer gefallen.**
- Gleichzeitig ist das zerrüttete Land seit Anfang 2016 mit der zumeist **erzwungenen Rückkehr von fast einer Million Flüchtlingen aus den Nachbarländern Pakistan und dem Iran** konfrontiert.